



dbb nrw
beamtenbund
und tarifunion

nordrhein-
westfalen

dbb nrw beamtenbund und tarifunion Postfach 32 02 46 · 40417 Düsseldorf

Landesvorsitzender

An die
CDU und F.D.P. Mitglieder
des Landtags NRW
- je gesondert -

4. September 2007
3 / hu

Auch Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger „verdienen“ mehr! Jetzt!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die Beamten und Versorgungsempfänger wollen ihren gerechten Anteil an den kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen und am starken Wirtschaftswachstum. Bei der Einbringung des Landeshaushalts 2008 verwies Ministerpräsident Dr. Rüttgers auf die allgemein positive wirtschaftliche Lage nicht nur in Deutschland sondern auch in und für NRW. Auch Finanzminister Dr. Linssen lobte bei der Einbringung die Beamten, die in erheblichem Maße Konsolidierungslasten getragen hätten. Wörtlich sagte er weiter: „Eine weitere Abkopplung von der Lohn- und Gehaltsentwicklung in unserem Land ist nicht verantwortbar und kommt deshalb für die Landesregierung auch nicht infrage.“

Eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge erst ab **1. Juli 2008**, wie es der jetzt vorliegende Gesetzentwurf vorsieht, stellt jedoch nichts anderes dar als eine **weitere Abkopplung von der Lohn- und Gehaltsentwicklung**.

Der Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes sieht eine lineare Erhöhung bereits zum **1. Januar 2008** vor.

Sie selbst hatten Ihre eigene Diätenanpassung zum 1. April 2007 u. a. mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten begründet.

Das Finanzministerium hatte zu diesem Zeitpunkt nachfolgende Aufstellung über die Entwicklung erstellt.

Stadtsparkasse Düsseldorf
Konto 10022580
BLZ 300 501 10
Postbank Köln
Konto 18745-505
BLZ 370 100 50

Demnach stellt sich diese Entwicklung von 1996 bis 2006 folgendermaßen dar:

Beamte	+ 9,9 %		
Tarfbereich öffentlicher Dienst	+ 17,3 %	Abgeordnetendiäten	+ 16,7 %
Wesentliche Tarfbereiche	+ 29,1 %	Preisindex	+ 20,0 %

Lineare Erhöhung der Bezüge in NRW von 1990 – 2006 (Zuwächse seit 1990):

Beamte	+ 34,8 % (incl. Kürzung Sonderzahlung)		
Tarfbereich öffentlicher Dienst	+ 40,1 %	Post	+ 54,8 %
Versicherungen	+ 44,6 %	Bankgewerbe	+ 57,3 %
Druckindustrie	+ 50,9 %	Metall	+ 63,4 %

In Zeiten, in denen es in nahezu allen Tarfbereichen völlig berechtigt um höhere Löhne und Gehälter geht, fordern auch die beamteten Kolleginnen und Kollegen mehr als eine nur abgespeckte – weil zeitlich verzögerte – Anpassung ihrer Besoldungs- und Versorgungsbezüge.

Bei einem Anstieg des Verbraucherpreisindex von fast 2% allein für die ersten sieben Monate dieses Jahres (seit der letzten Anpassung der Bezüge in 2004 sind es sogar 7%) fordert Sie der dbb nrw eindringlich auf, diese Anpassung schon **zum 1. Januar 2008** vorzunehmen, um den erheblichen Einkommensrückstand abzumildern.

Als Deckungsvorschlag für eine Erhöhung ab 01.01.2008 regt der dbb nrw an, die im Nachtragshaushalt 2007 vorgesehene Summe in Höhe von 680 Mio. EUR für eine Aufstockung der Versorgungsrücklage hierfür teilweise zu verwenden.

So richtig diese Maßnahme ist, kann sie auch mit einem Betrag von ca. 400 Mio. EUR ihre politische und finanzielle Signalwirkung erreichen.

Wesentlich vordringlicher ist nach Auffassung des dbb nrw jedoch eine angemessene Terminierung der lange ausstehenden Besoldungs- und Versorgungserhöhung.

Letztmalig wurden die Beamten- und Versorgungsbezüge in 2004 erhöht. Neben den Null-Runden gab es eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 41 Stunden und gekürzte bzw. gestrichene Sonderzahlungen. In Verbindung mit den gestiegenen Verbraucherpreisen bedeutet dies massive Einkommensverluste. Keiner anderen gesellschaftlichen Gruppe wurde dies in dem Maße zugemutet.


Wann wollen Sie damit endlich aufhören? Die Haushaltslage des Landes dient nun schon jahrelang als Totschlagargument, und ist nicht länger zu vermitteln.

Mit einer nicht zu akzeptierenden Entscheidung für den 1. Juli 2008 werden die Beamten und Versorgungsempfänger weiterhin zum reinen Kostenfaktor degradiert. Statt Fairness und Gerechtigkeit seitens des Dienstherrn bleiben sie Sparschweine Nr. 1 des Landes NRW.

Damit muss endlich Schluss sein, weil der dbb nrw mittlerweile die Verfassungsmäßigkeit der Alimentation in NRW nicht mehr gewährleistet sieht.

Werden Sie sich als Regierungsfraktionen Ihrer sozialen und rechtlichen Verantwortung gegenüber „Ihren“ Beschäftigten bewusst und lehnen diesen unzureichenden Gesetzentwurf ab bzw. verändern ihn in positiver Richtung für die Betroffenen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Ralf Eisenhöfer', written in a cursive style.

Ralf Eisenhöfer